

Pflichtversicherung gegen Klimaschäden: Was Hausbesitzer wissen müssen!

Merz-Regierung plant ab 2025 Pflichtversicherungen für Hauseigentümer gegen Klimaschäden. Wichtige Details zur Umsetzung hier.



Rohrbach, Deutschland - Am 1. Juni 2025 kündigt die Merz-Regierung in Deutschland eine weitreichende Reform an: künftig sollen Hausbesitzer eine Pflichtversicherung gegen Klimaschäden abschließen müssen. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass Elementarschutzversicherungen verpflichtend werden sollen, um die Bevölkerung besser gegen Naturkatastrophen abzusichern. Bundesjustizministerin Stefanie Hubig hebt die Dringlichkeit eines umfassenden Versicherungsschutzes bei Hochwasser und anderen höchstwahrscheinlichen Klimarisiken hervor. Die verheerenden Hochwasserschäden in Süddeutschland, die 2024 Schäden in

Höhe von 4,1 Milliarden Euro verursachten, verdeutlichen die Notwendigkeit dieser Maßnahme. Laut **Mercur** war etwa die Hälfte der entstandenen Schäden nicht versichert, was die Diskussion über einen entsprechenden gesetzlichen Schutz noch einmal anheizt.

Derzeit sind über 50% der Häuser in Deutschland gegen Elementarschäden versichert, doch das soll sich bald ändern. Zukünftige Wohngebäudeversicherungen werden nur noch mit Elementarschadenabsicherung angeboten, und bestehende Verträge müssen bis zu einem festgelegten Stichtag ebenfalls diese Absicherung bieten. Um die finanziellen Risiken für die Versicherungsunternehmen im Zaum zu halten, plant die Regierung eine staatliche Rückversicherung. Dabei bleibt es jedoch unklar, ob Privatbesitzer in bestimmten Fällen auf diese Versicherung verzichten können.

Klimaanpassung statt Verpflichtung?

Trotz dieser Maßnahmen warnt der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) davor, dass eine Pflichtversicherung allein nicht ausreicht, um wirksam gegen Klimaschäden gewappnet zu sein. Hauptgeschäftsführer Jörg Asmussen fordert, den Fokus auf Prävention zu legen. Eine klimaangepasste Planung, Bauen und Sanieren sollte oberste Priorität haben, um Schäden in Milliardenhöhe zu verhindern. Die Versicherungsbranche plädiert für eine Integration von Präventionsmaßnahmen in die Landesbauordnungen. Dies umfasst unter anderem Baustopps in Überschwemmungsgebieten und die Entsiegelung von Flächen, um Meeresspiegelanstieg und andere klimatisch bedingte Risiken zu minimieren. Asmussen betont den Bedarf an Maßnahmen wie verpflichtenden Klima-Gefährdungsbeurteilungen bei Baugenehmigungen und die Einrichtung eines bundesweiten Naturgefahrenportals, um die Öffentlichkeit besser zu informieren und zu schützen.

Es wird seit Jahren über eine bundesweite Pflichtversicherung

gegen Elementarschäden diskutiert. Besonders nach der Ahrtal-Flut im Sommer 2021 ist die Debatte in den Vordergrund gerückt. Der GDV hat einen Forderungskatalog vorgelegt, der als Teil eines ganzheitlichen Ansatzes für den Naturgefahrenschutz verstanden werden soll. Asmussen mahnt, dass die Erwartungen an eine Pflichtversicherung, die Hochwasserschäden nicht verhindern kann, realistisch bleiben sollten. Die aktuellen Vorschläge sind also nicht nur ein Schritt in Richtung Versicherungspflicht, sondern eine Einladung, auch aktiv im Bereich Prävention zu handeln – denn wie gesagt, es ist wichtig, nicht nur zu versichern, sondern auch besser zu bauen und zu planen. Mehr dazu findet sich auf der Webseite des GDV unter **GDV**.

Details	
Ort	Rohrbach, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.merkur.de• www.gdv.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.at